

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

79 (3.4.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablosen oder am Postschalt. monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.90 M. Ingeheft durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Werttag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: 248-341 und 2-346. Karlsruhg. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe. Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Ein Manifest der französischen Sozialistenpartei für die Revolution.

Bern, 1. April. (W.B.) Die der „Progrès de Lyon“ aus Paris meldet, stand die Montagsitzung des sozialistischen Einvereins unter dem Eindruck der Freisprechung des Mörders Zaurès, die von verschiedenen Rednern als Herausforderung der Arbeiterklasse und in einer einstimmig angenommenen Motion als Proklamierung des Bürgerkrieges bezeichnet wurde. Luquet als Vertreter der linksstehenden Gruppe wies auf die Notwendigkeit hin, innerhalb der Arbeiterklasse einig zu bleiben und erwahnte, daß eine Aktion der Confederation Generale du Travail in Vorbereitung sei, wobei er nachdrücklich die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats betonte. Sämtliche Diskussionsredner waren in ihrer Empörung über die verkehrte Politik der Führer Frankreichs einig in dem Verlangen nach einer allgemeinen Amnestie für politische Vergehen.

Das von den Anwesenden Leichterich veröffentlichte Manifest der französischen Sozialistenpartei hält schärf an den alten Wahrheitsgrundsätzen fest und erklärt, nur die sozialistische Internationale werde in der Lage sein, die Ordnung in der Welt wieder herzustellen. Eine sozialistische Revolution könne erst die wirkliche Demokratie schaffen. Das Proletariat dürfe, ohne Revolution mit Gewalttätigkeit zu identifizieren, zur Erhebung der politischen Macht trotzdem auf kein Kampfmittel verzichten. Die sozialistische Partei, die weder Herr der Form noch des Zeremoniells sei, dürfe keine Gesinnung verpacken, die ihr durch die Fehler der Bourgeoisie geboten würde, unbedachtet um die Form, in der die Revolution erfolgen werde. Auf die Übernahme der Macht durch das Proletariat werde voraussichtlich eine Periode der wahrscheinlich für notwendig empfundenen Diktatur folgen. Daher müsse eine Konstituante einberufen werden, um die Verfassung, die Revolution und die für das wirtschaftliche und politische Leben des Landes notwendigen neuen Institutionen zu schaffen. Das Manifest erklärt weiter seine Zustimmung zu einem gerechten Frieden, der keine Kriegsgeschichte überlasse und sich gegen alle Friedensbedingungen aus, die die überlebte Form eines überlebten Chauvinismus als im Widerspruch mit dem wirklichen nationalen Gefühl bezeichnet. Das Manifest bedauert, daß der gerechte Frieden in gewissen Augenblicken der Pariser Konferenz die französische Regierung zum offenen oder geheimen Gegner zu haben schiene und bedauert ferner, daß die Regierung die Vorschläge Wilsons nicht uneingeschränkt unterstützt habe. Die Partei bekämpft sich zu dem Gedanken eines Völkerbundes, der von allen Völkern mit gleichen Rechten und Pflichten, nicht aber von einigen Regierungen gebildet werden soll. Unterzeichnet ist das Manifest u. a. von Albert Thomas, Cadix, Lafoux, Mittelal, Poisson und Sombat.

Der „Temps“ kommentiert in einem sehr ernst gehaltenen Artikel dieses anseht, das die Diktatur des Proletariats für eins der wesentlichsten Ziele der französischen sozialistischen Partei ins Auge faßt und erklärt, daß die Forderungen, für die die sozialistische Partei Frankreichs und die Confederation generale du Travail sich einsetzen wollen, der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats den Weg ebnen.

Es müßte mit sonderbaren Dingen zuspazieren sein, wenn die Aufsehen erregende Freisprechung des Mörders von Zaurès dem französischen Proletariat nicht endlich die Binde von den Augen genommen hätte. So hat denn die Gerichtskommission in Paris gezeigt, wessen eine kapitalistische Regierung fähig ist. Der Pariser Gerichtssaal hat uns die traurige Genugnung gebracht, daß nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich der Bürgerkrieg unter der Decke schweilt. Denn die letzten Pariser Urteile sind mit ihren schneidenden inneren Gegenätzen längst nicht mehr der Ausdruck einer geordneten Rechtspflege, sondern Erscheinungen eines Klassenkampfes, der vom Bürgerkrieg nicht mehr weit entfernt ist. Das französische Proletariat muß die Freisprechung Wilsons als einen Faustschlag in sein Gesicht empfinden, und die Welt ist begierig zu sehen, was es tun wird, um den trotzlos geänderten Ruf seines Landes, der dort höherer Rechtsideale zu sein, wiederherzustellen.

Die feilen Ententegerie stellen immer unabwehrbare Bedingungen auf, durch die die Friedenskonferenz immer weiter hinausgeschoben wird. Es ist klar, daß wenn die Völker nicht selbst eingreifen, es mit der jetzigen Ententegerierung nie zu einem brauchbaren Friedensschluß kommen wird. Die sozialistische Idee ist, die den Frieden schaffen muß und wird.

Die Internationale.

Amsterdam, 2. April. Dem „Telegraaf“ zufolge beschloß das Vollzugskomitee der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterkonferenz auf einer am Mittwoch in Paris abgehaltenen Sitzung am 26. April nach Amsterdam eine Versammlung der permanenten allgemeinen Kommission einzuberufen, um über die Fragen zu beraten, die auf der Konferenz in Bern nicht erledigt werden sind. Es handelt sich hauptsächlich um territoriale Fragen. Außerdem wird die Konferenz in Amsterdam die durch den Präliminarfrieden geschaffene Lage untersuchen und die Saltung be-

sprechen, die man gegenüber der Gründung einer Internationalen in Moskau annehmen will. Außerdem soll erwogen werden, wie die sozialistische Presse entwickelt werden kann. Man wird auch über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses, der wahrscheinlich im August in der Schweiz stattfinden wird, Beschluß fassen.

Bern, 2. April. „Humanität“ veröffentlicht aus ganz Frankreich, u. a. auch von den Pariser und Seingewerkschaften Protestberichte und Aufschriften über den Freispruch Wilsons, der ungeheure Unzufriedenheit und Verstimmung in der französischen Arbeiterklasse zur Folge gehabt habe.

Die Amerikaner und der Völkerbund.

Amsterdam, 2. April. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet, daß eine aus 6 Republikanern und 6 Demokraten bestehende Delegation des amerikanischen Kongresses dort eingetroffen ist und mit Wilson eine Beratung abgehalten hat. Sie erklärten auf Verlangen, daß sie einen günstigen Eindruck bekommen hätten, daß der größte Teil der der Friedenskonferenz unterbreiteten Fragen in kürzester Zeit gelöst werden würde und daß der Friede bald zustandekommen würde. Wilson sagte ihnen, daß die Entschädigungsfrage sehr verwickelt sei und daß aus diesem Grunde eine Verzögerung zu erwarten sei. Die Delegation versicherte Wilson, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes für den Völkerbund sei. Um so gewisser ist, daß der Kongreß den Völkerbundesvertrag annimmt, sei es jedoch notwendig, daß Bürgerschaften dafür gegeben werden, daß die Demokratie weiterhin in Kraft bleibe. Die Amerikaner wollen nur die Sicherheit haben, daß sie durch ihren Beitritt zum Völkerbund nicht verpflichtet sind, bei Schwierigkeiten von untergeordneter Bedeutung in Europa militärisch einzugreifen. Die Delegation ist der Ansicht, daß die gesamte öffentliche Meinung in Amerika den Völkerbundesvertrag unterstützen werde, wenn diese geordnete Bürgerschaft gegeben wird.

Die Friedensverhandlungen.

Paris, 1. April. Reuters. Die deutsche Finanzkommission traf aus Wien in Saint Pointe Macene ein und fuhr heute morgen in Automeilen zum Schloß Bellevue. Der Rat der Vier erwägt jetzt den Plan, Frankreich wirtschaftlich und politisch die Aussicht über das Saarbecken zu geben bis die Grenzen in Nordfrankreich über letztmündig sind. Dies wird voraussichtlich im nächsten Jahre eintreten. Es wurde beschlossen, die Blockade nicht nur über Polen und Estland, sondern auch über Deutschland, die Türkei, Bulgarien, die Tschechoslowakei und die durch Rumänien und Serbien besetzten Gebiete aufzuheben. Die internationale Handelskommission, die ihren Sitz in Wien hat, soll die Ausfuhr von Deutschland nach Deutschland verhindern.

Berlin, 2. April. In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand gestern eine Besprechung mit den in Berlin anwesenden diplomatischen Vertretern der deutschen Bundesstaaten statt. Der Vorsitzende gab Aufschlüsse über die Organisation der Geschäftsstelle und den Stand der vorbereitenden Arbeiten für den Friedensschluß im allgemeinen, sowie über einige politische und territoriale Fragen im besonderen. Ein Vertreter der Bundesabteilung des Auswärtigen Amtes referierte über die bei dem Vorfrieden in Betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen.

Der Generalstreik in Württemberg.

Stuttgart, 2. April. Ueber den bisherigen Verlauf des Generalstreiks erklären wir von zuständiger Seite folgendes: Am 31. März erfolgte die Anforderung zum Generalstreik auf 9 Uhr vormittags. Es gab Demonstrationen in der ganzen Stadt und zahlreiche Versammlungen unter freiem Himmel entgegen dem Verbot der Regierung. Geordert wurde der Sturz der Regierung. Auffallend groß war der Zustrom der Spartakisten von auswärts nach Stuttgart. Im Laufe des Tages wurden auch Unruhen aus Gillingen, Göttingen, Friedriehshafen und Gmünd gemeldet. Zu Zusammenstößen kam es nur in Gillingen, wo die Spartakisten mit Gewalt sich in den Besitz von Waffen und Kraftwagen setzten. Durch Verhandlungen mit der Streikleitung wurde aber die Rückgabe der Waffen ermöglicht. Auf Grund der durch mehrere Flugblätter kundgegebenen Absicht, mit Gewalt die Regierung zu stürzen, wurde am 1. April um 7 Uhr vormittags der Belagerungszustand über Stuttgart, Ludw. und Amt sowie die Oberämter Cannstatt, Gillingen und Göttingen verhängt. Wegen zahlreicher Verletzungen gegen das Presserecht wurde eine Druckerlei des Spartakusbundes geschlossen. Trotz des Belagerungszustandes gab es Versammlungen der Streikenden um 10 Uhr vormittags auf dem Marienplatz, Wilhelmplatz, Ostentplatz und Gewerbeschulenzplatz. Diese Versammlungen wurden von den Sicherheitskompanien um 11 Uhr vormittags zerstreut. Dann kam es zu einer Festsetzung der Spartakisten in der Nähe der Mollkaserne und vor den Geschäftsräumen des „Sozialdemokrat“. In der Ludwigsstraße wurde bei einer Ansammlung aus einem Hause auf die Truppen geschossen und dabei eine Zivilperson getötet. Darauf machte die Sicherheitskompanie in scheinbarer Weise von ihren Waffen Gebrauch und zerstreute die Menge. Am Abend wurde die Regierung Herrin der Lage. Während der beiden ersten Generalstreikstage gab es in Stuttgart auf beiden Seiten einen Toten und wenige Verwundete. In Gillingen, wo die Menge eine anscheinende Sicherheitskompanie beim Aussteigen aus dem Zuge mit Handgranaten angriff, sind mehrere Tote und Verwundete zu beklagen.

Stuttgart, 2. April. Nach neuer amtlicher Meldung hatten die gestrigen Zusammenstöße 4 oder 5 Tote und etwa 12 bis 15 Verwundete im Gefolge. Der zweite Vorsitzende des Roten Soldatenbundes Wilhelm Teufel unternahm einen Vorüberlauf auf den Automobilschlepper einer Busfabrik, der schwer verletzt wurde. Die Lebensmittellieferung ist vollständig gestoppt.

Die die „Volks. Ztg.“ aus Stuttgart erfährt, ist die Regierung nicht gewillt, Verhandlungen mit den Stuttgarter Spartakisten zu führen. Sie ist vollkommen Herr der Lage. Die anstehenden

Versammlungen der Spartakisten unter freiem Himmel wurden alle durch Sicherheitskompanien zerstreut. Die Ernährung der Bevölkerung ist auf schwerste gefährdet. Die Gasversorgung ist vollkommen eingestellt. Die Vorräte an Mehl reichen kaum für einige Tage. Die Vorräte des Konsumvereins wurden von den Spartakisten gewaltsam geschlossen. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung konnte wegen Geldmangels nicht ausbezahlt werden. Da auch die Banken sich dem Proteststreik des Bürgertums angeschlossen haben, die Stuttgarter Straßenbahnangehörigen, die sich an dem politischen Streik nicht beteiligten, sind auch in der Lohnstreik eingetreten. Außerhalb Stuttgarts ist in Württemberg alles ruhig.

Weitere Meldungen siehe letzte Nachrichten.

In den Schicksalstagen.

Karlsruhe, 3. April.

Friede, Freiheit und Brot forderten in den vier Kriegsjahren immer ungestümmer die Arbeitermassen. Je ärger der Lebensmangel das Volk peinigte, umso lauter schallte der naturgebote Ruf nach Brot an. Je härter die Unterdrückung durch die Militärdiktatur wurde, umso leidenschaftlicher verlangte das Volk nach Freiheit. Freiheit und Brot konnte nur der Friede bringen; der Krieg schmeißte nur Felsen, nährte nur den Hunger.

Das alte Regime konnte den Forderungen des Volkes nicht gerecht werden. Es hatte den Krieg entfesselt, vielleicht nicht mit Willen und Voratz, aber doch jedenfalls durch seine Schuld. Es konnte den Krieg nicht beenden. Die Hohenzollern und ihre Militärs vermochten weder zu sagen noch Frieden zu schließen.

Nachdem man lange Jahre hindurch das Volk durch falsche Versprechungen getäuscht hatte, mußte man sich im Juli 1918 eingestehen, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war und im August 1918 anzeigen, daß eine allzulange Fortsetzung des Kampfes nur mit dem katastrophalen Zusammenbruch enden könne. So bekannte sich die alte kaiserliche Regierung geschlagen und bat um Frieden. Wie dieser Frieden aussehen würde, darüber konnte von vornherein kein Mensch mit klarem Verstand Sinnen weiseln; er mußte dem angeschlagenen deutschen Lande die schwersten Verluste, Demütigungen und Lasten aufzuerlegen.

Im Angesicht dieser furchtbaren Aussicht erhob sich endlich dem deutschen Volke die Geduld. Es erhob sich und beteiligte mit einem Schlage das ganze alte Regime. Und nun sollte die Revolution leiten, was die alten Herrscher nicht vermocht hatten: dem Volke Frieden und Freiheit und Brot bringen. Die Aufgabe war jetzt schwerer als je zuvor. Denn sie war gestellt nach der Niederlage inmitten einer großen politischen und sozialen Umwälzung, die naturgemäß eine starke Unordnung hervorrief. Trotzdem vorangeleitete die Sozialdemokratie nicht, sondern ging rüstig ans Werk.

Nicht stehen wir in den Tagen der Entscheidung. Noch vor Otem wird es offenbar werden, ob wir zu Frieden, Freiheit und Brot gelangen können oder untergehen müssen. Große Schwierigkeiten hat die junge Republik bereits überwunden, manche hoffnungsvolle Entwicklung angebahnt. Die ersten ausländischen Lebensmittel sind eingetroffen, die ersten Heften der deutschen Anstalt durch Wünderung des Systems der kaiserlichen Listen gefallen. Die Vorfriedensverhandlungen sind in Gang gebracht worden, der Abschluß des Vorfriedens ist in greifbarer Nähe gerückt, der Termin zählt höchstens noch nach Wochen. Haben wir dieses letzte Stück der mühsamen Wanderung durchgemessen, dann können die Lebensmittel reichlicher bereinstellen, Volkskraft und Arbeitslust beleben sich wieder, die Notstoffe können sich allmählich herbeischaffen, die Industriebetriebe können in Schwung — das Ärgste wäre überstanden, die politische Vernunft würde wieder Herr über den hungerigen Magen, die Republik, die Freiheit, die Erzeugnisse der Revolution wären gerettet.

Aber diese Entwicklung ist noch keineswegs gesichert, sondern arg umdroht. Von innen und außen. Die Landung der Krone Galler in Danzig ist nicht eine technische Einzelfrage, sondern ein Prüfstein dafür, ob die streitenden Feinde der deutschen Republik einen Frieden gewähren wollen, bei dem wir leben können — ein gedrücktes dürftiges Leben wird es in jedem Fall nur werden — oder ob sie es auf unsere Vernichtung abgesehen haben. Und im Lande zinnst wieder die Flamme des Streiks und der Unruhen empor und es fragt sich, ob noch einmal die Arbeiter Selbstbeherrschung genug besitzen werden zu warten, bis sich der Weg ins Freie öffnet.

Wir stehen in Deutschlands Schicksalstagen. Wahrscheinlich schon Otem werden wir mit Sicherheit sagen können, ob die Sozialdemokratie ihr politisches Programm wird durchführen können, das darin besteht, die Freiheit zu sichern und den Wohlstand durch planmäßige Sozialisierung ohne Störung der Wirtschaft zu haben. Oder ob wir durch den zerstörenden Wahnsinn der Räteregierung hindurchgehen müssen, jenes System, von dem Zaurès prophetisch sagte, daß als Revolutionsurrogat eine Räuberbande sich auf ein Gebiet lagert, die letzten Reichtümer des Landes aufzehrt und das Proletariat in ein Chaos von Barbarei und Dummheit führt. Eine Entscheidung treffen die Feinde, die zwischen festgestimmtem Übermut und verständiger Menschlichkeit zu wählen haben. Die andere Entscheidung treffen die deutschen Proletarier selbst, die sich entscheiden müssen zwischen rachsüchtiger Zerstörungsgewut und pedantisch aufbauender Einigkeit. Schicksal und Glück von Generationen stehen als Einsatz im Spiele.

Die neue badische Regierung.

Karlsruhe, 3. April.

Als die vorläufige badische Volkregierung beim Zusammenbruch die Regierungsgewalt übernahm, stand sie vor einer leichteren Aufgabe. Es bedurfte einiger und zäher Arbeit, um das Staatschiff an den Seiten der Geschicklichkeit zu führen. Daß dies der vorläufigen badischen Volkregierung gelungen, dafür gebührt ihr der Dank des Volkes, der ihr in der gestrigen Sitzung der badischen Nationalversammlung auch durch die Vertreter aller Parteien unter verdienstvoller Würdigung ihrer Arbeit ausgesprochen wurde. Was den Erfolg darauf sein, als erster deutlicher Bundesstaat seine Verfassung beendet und gleichzeitig zur Bildung seiner neuen Regierung auf Grund des parlamentarischen Systems, angelehnt der jetzigen Lage Badens, schritten zu sein.

Die nunmehrige, in der gestrigen Sitzung der badischen Nationalversammlung gemäß der neuen Verfassung, gewählte badische Regierung kann sich auf das Vertrauen aller Parteien der badischen Kammer stützen, wenn es auch seitens der Deutschen Nationalen nur ein abgemessenes ist. Sie ist ein Koalitionskabinet, d. h. die Regierung ist sich zusammen aus den Vertretern verschiedener Parteien. Es bedeutet dies eine Stärke, weil sie hierdurch Rückhalt hat in den verschiedenen Volksschichten, aber auch gleichzeitig eine Schwäche, weil sie hierdurch gebremst ist in der zielklaren Durchführung eines bestimmten Programmes. Die Regierung ist nach dem Anstalt der Januarwahlen in ihrer Mehrheit eine bürgerliche im Gegensatz zur vorläufigen Volkregierung, weshalb wir ihre Handlungen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu prüfen haben. Wir hoffen, daß es unseren Genossen in der Regierung gelingt, den Einfluß der sozialdemokratischen Massen in vollem Maße zur Geltung zu bringen, so daß wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können.

Die einzelne Zusammenlegung der Regierung, in der die sozialdemokratische Partei in ihrem Führer Geiß den Staatspräsidenten stellt, ergibt bei dem Siebenerministerium 8 Vertreter der Sozialdemokraten, 2 Vertreter des Zentrums, 2 Vertreter der Demokraten. Als Minister des Innern fungieren die Demokraten den künftigen Oberbürgermeister von Konstanz, Herr Dietrich, der seit 1911 dem badischen Landtag angehört und bereits Mitglied der vorläufigen Volkregierung war. Das Kultus- und Unterrichtsministerium übernimmt für die demokratische Partei Herr Abg. Hummel, der seit langem in der badischen Politik hervortritt und seit 1909 dem badischen Landtag angehört. Das Zentrum stellt in Herrn Dr. Wirth, der bereits auf dem 1913er Landtag allgemeine Aufmerksamkeit fand, den Finanz- und Verkehrsminister, während das Justizministerium der Karlsruher Zentrumsführer Trunk übernimmt, der gleich Wirth bereits der vorläufigen Volkregierung angehört. Unsere Partei delegiert ins Ministerium die Genossen Geiß, Kemmle und Müldert. Unter dem bewährten Führer Geiß übernimmt neben dem Ministerium für militärische Angelegenheiten, wie schon erwähnt, das Amt des Staatspräsidenten, nachdem er auch der Chef der vorläufigen Volkregierung war. Das Ministerium des Innern übernimmt Genosse Kemmle, der als Redakteur unseres Mannheimer Bruderblattes zeigte, daß er die Politik und Verwaltungstragen unseres Landes beherrscht und der sich als Mitglied des Dreimännerkollegiums der Landeszentrale der A. und S. Mitte des besonderen Vertrauens der Massen erfreut. Das neu gebildete Arbeitsministerium führt Genosse Müldert, der als langjähriger Gewerkschaftsführer diese Materie beherrscht und als Verkehrsminister der vorläufigen Volkregierung seine Befähigung erbrachte. Als Staatsräte werden in der Regierung hinzugelegt: von den Demokraten der Abg. Gass, der gleichzeitig sein Mandat zur badischen Nationalversammlung niederlegte, um sich der Deutschen Nationalversammlung zu widmen, dem Zentrum die Abg. Pfeiler, Weichhaupt und Wittmann, von unserer Partei die altkämpferischen Genossen Abg. Marum und Stadtrat Gailer aus Freiburg.

Die neue Regierung steht vor den schwierigsten Arbeiten. Es handelt sich jetzt darum, die alte Obrigkeitmaschinerie in einen wirklichen Volksstaat umzuwandeln und wirtschaftlich den Staat auf den Boden der neuen Strömungen des Sozialismus zu stellen. Hier hilft keine Verwaltungsroutine im

ausgetretenen Glase. Hier sind Verwaltungsmassnahmen radikalisiert der Art gepaart mit höchstem Ideenreichtum notwendig. Dies allein führt uns einer künftigen Zukunft entgegen. Daß die neue badische Regierung dieses Können und diesen Geist aufbringen möge, ist unser heiligster Wunsch.

Badische Nationalversammlung.

18. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruher, 2. April 1918.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr. An Stelle des Abg. Hrig (Dem.) tritt der Abg. Red (Dem.) in den Ernährungsbeirat. Die Abstimmung über den Antrag Wajsa (Dem.) wegen Vereinfachung von Koststoffen im parlamentarischen Beirat in Beratung einzusetzen, bringt dessen einstimmige Annahme.

Im Eingang befinden sich eine Reihe Petitionen, darunter der Ortsgruppe Heidelberg des Bundes technischer Berufsbeamten um Stützung des Einflusses der technischen Berufsklassen, und ein Gesuchsvorschlag der Abg. Wittmann (Ztr.) u. Genossen, betr. den Geschäftskreis der Ministerien.

Abg. Schell (Ztr.) berichtet über den Antrag Karl (Dtsch.-N.), die Nationalversammlung möge in Verbindung mit den Kreisverwaltungen und den Kirchenbehörden eine das ganze Land umfassende und einheitliche Aktion unternehmen zu dem Zwecke, eine freiwillige Sammlung von Karlsrufern gegen Vergütung zu veranstalten. Die Kommission stellt den abgeänderten Antrag, zunächst in die bereits vorgesehene Aufnahme der Lebensmittel einzugehen und nach deren Erledigung durch eine Kommission mit den Kirchenbehörden wegen des Antrags in Verbindung zu treten. Abg. Karl (Dtsch.-N.) tritt für seinen Antrag ein.

Nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Schell (Ztr.), der gegenüber dem Abg. Karl feststellt, daß die Kommission nicht schneller arbeiten konnte, als sie es tat, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Der Gesuchentwurf über das betr. nächste Enteignungsverfahren wird auf Antrag des Abg. Straub von der Tagesordnung abgesehen und an die Kommission zurückverwiesen.

Petitionen.

Abg. Weichhaupt (Ztr.) berichtet über die Petitionen a) der Zentralfabrik der badischen Brauindustrie und des badischen Bundes der Kleinrentner betr. Antragsfragen des badischen Brauereigesetzes vom 5. Oktober 1918 und b) der Zentralfabrik der badischen Brauindustrie betr. die Aufhebung des badischen Brauereierechts. Wenn das badische Bierereigesetz vom 5. Oktober 1918 bei uns früher als in Bayern in Kraft trete, werde unsere Brauindustrie erodiert. Diese ist es daher in der vorliegenden Petition, mit dem Antragsfragen der neuen Steuer zu warten, bis solche auch in Bayern und Württemberg in Kraft getreten ist. Wir sollten unser Biererecht solange behalten, bis es in Bayern und Württemberg in Kraft getreten ist. Die Kommission schlägt sich der Ansicht der Petenten an, tritt für das Referat ein und schlägt empfehlende Heberweisung vor.

Abg. Herßter (Dem.) stimmt dem Kommissionsantrag zu. Finanzminister Wirth: Wir haben uns dem Wort Württemberg, das Biererechtsreferat abzusprechen, nicht angeschlossen und gehen in dieser Hinsicht mit Bayern gemeinsam. Ich glaube nicht, daß die Nationalversammlung mit einem Referat über die Biererechtsfrage hinweggeht. Wir wärdeten die Interessen Badens bei der Besprechung der Abhebung der Referate und auch die kommende Regierung wird dies sicher tun.

Die Petitionen werden empfohlen überwiegen.

Abg. Seubert (Z.) berichtet über die Petition des Stammtisches für die Döbermaldahn und Erbauung einer Bahn Pfaltzahn—Gottlingen—Herrisried. Hofratsarbeiten kommen da nicht in Frage, da in jener Gegend nicht so viele Arbeiter sind, als benötigt werden. Die Kommission hat beraten, eine staatliche Kraftwagenlinie zu erstellen und schlug in ihrer Sitzung vom Februar einstimmig vor, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Nach weiterer telegraphischer Vorstellung wurde die Frage in der Kommission erneut behandelt, wobei man zu dem gleichen Resultat kam.

Abg. Müller-Schöppheim (Zog.):

Es handelt sich um eine Anzahl arbeitsamer Bewohner des Döberwaldes, die schon lange auf Erfüllung ihres Wunsches warten. Es wäre eine etwas freundlichere Behandlung ihrer Petition wünschenswert gewesen, wenn auch die Finanzlage eine mißliche ist. Man sollte sich heute schon mit der Frage des Anschlusses des Döberwaldes an das Rheintal befassen, da diese Frage doch zur Behandlung kommen wird. Wir nehmen an, wenn wir auch Reichseisenbahnen bekommen, daß dieses Projekt mit zur Durchführung kommt.

Abg. Witemann (Ztr.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Verkehrsmittel Müdert:

Da heute eine Besprechung der Bundesstaaten um Abschaffung der 1. Wagenklasse stattfindet, können wir dem Wunsch kein Verträgliches 1. Klasse geben. Wir hoffen, daß die zähe Verfolgung des Projektes ihm eines Tages Erfolg geben wird; gegenwärtig ist es bei der Finanzlage unmöglich. Für die dringenden Bedürfnisse wird jetzt eine Autolinie erteilt werden.

Abg. Schöfer (Ztr.) freut sich der Zusage der Autolinie. Nach kurzem Schlusswort des Berichterstatters Abg. Enten (Ztr.) wird der Antrag über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, einstimmig angenommen.

Vom Abg. Schneider-Deuberg (Ztr.) ist eine kurze Anfrage betr. Verlegung der Döberwaldbahn beim Karlsruher in Heidelberg eingegangen.

Verkehrsmittel Müdert: Diese Angelegenheit ist bereits im 8. Nachtrag zum Etat aufgenommen, so daß sie gleich in Angriff genommen wird.

Abg. Heig (Zog.) berichtet über die Petition der Gemeinde, räte der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer Bahn vom Gardsheim nach Königheim. Die Regierung stellt sich nicht auf einen vollständig absehbaren Standpunkt. Sie erkennt die Dringlichkeit der Wünsche an, weiß jedoch auf die schlechten Bauverhältnisse und auf die mißliche Finanzlage hin. Die Kommission beantragt empfehlende Heberweisung.

Abg. Schell (Ztr.) begründet seine Interpellation um Ausbau der noch nicht ausgebauten Teilstrecke Gardsheim—Königheim in der Länge von 9 Kilometer. Die Anwohner der Gegend sind verärgert und jagen früher, wenn sie liberal wären, hätten sie die Bahn. Die Gegend könnte bei einer wirtschaftlichen Gebung eine Kornkammer Badens werden.

Verkehrsmittel Müdert: Der Wunsch der Bevölkerung ist begründet, doch darf nicht vernachlässigt werden, daß Geländebeschwerden bestehen, wodurch die Länge der Bahn auf 15 Kilometer, nicht auf 9 Kilometer, läme. Unter den heutigen Verhältnissen müßte man sich auf wenigstens 8 Millionen Mark Kosten gefaßt machen. Bei heutiger Lage ist die Erfüllung des Wunsches noch nicht möglich.

Abg. Spengler (Ztr.) tritt für die Bahn ein.

Abg. Nausch (Zog.):

Wenn es richtig ist, daß der Bahnbau früher eine politische Frage war, so wäre dies ein würdiges Gegenstück zu den Feststellungen in der Frage der Bezirksräte, Namens der großstädtlichen Bevölkerung können wir für sie auf die gleichen Präzedenzfälle der Arbeitsämter Anspruch erheben, wie der Abg. Schell für die Bewohner jener Gegend. Ich halte es für einen Noniens, daß die Strecke Gardsheim—Königheim nicht durchgebaut ist. In heutiger Zeit, wo es auf die Zeit so sehr ankommt, ist die Bahn ein Bedürfnis. Es handelt sich hier nicht nur um eine finanzielle Frage, sondern um eine Bedürfnisfrage. Eine andere, Linienführung der Bahn halte ich für zweckmäßiger und zwar über Breitingen—Görsheim. Ich möchte auf die Industrie in jener Gegend aufmerksam machen, die durch den Bahnbau sehr gefördert werden könnte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jehn (Dem.) erinnert wegen der politischen Seite der Bahnfrage daran, daß der verlorene Gardsberg nie nach Königheim ging, weil die Gegend 1848 etwas stürmisch war. Diese Stellen sind jetzt fast ganz beseitigt. Beim Bahnbau darf nicht nur die Rentabilität berücksichtigt werden.

Abg. Schöfer (Ztr.) appelliert an die Gerechtigkeit großer Bau dieser Bahn. Man hätte früher für die entlegenen Gegenden mehr übrig haben sollen.

Nach weiteren aufzunehmenden Äußerungen der Abg. Schell (Dem.), Karl (D.-N.), Biernackel (Ztr.), bemerkt

Verkehrsmittel Müdert: Die Regierung habe ein Bedürfnis der Bahn nicht bestritten; sie hat es nur für die jetzige Zeit als nicht zweckmäßig erachtet. Wenn die Petition empfehlend überwiegen wird, werden wir sie nochmals eingehend und haarscharf prüfen. Im Moment ist für diese und andere Bahnen das nötige Geld nicht vorhanden. Die Verbindungsbahn wird jedoch kommen und zwar in dem Augenblick, als man sie vor dem Lande veranlassen kann.

Abg. Strobel (Zog.):

Selbstverständlich sind heute bei der Lebensmittelknappheit andere Voraussetzungen vorhanden für den Verkehr der Städte nach den entlegenen Gegenden. Es ist nicht richtig, daß früher auf die entlegenen Gegenden keine Rücksicht genommen wurde. Es waren allezeit wirtschaftliche Gesichtspunkte bei dem Bau von Bahnen maßgebend. Die Sozialdemokraten traten allezeit für wirtschaftliche Gebung ein. Wenn früher manches unerfüllt blieb, so wollen wir in der Zukunft an der Erfüllung dieser Wünsche mitarbeiten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Schell (Ztr.) wird die Petition empfehlend überwiegen.

Abg. Odenwald (Dem.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Bellingen um Erstellung einer Kraftwagenver-

Das verlassene Dorf.

Man aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Thiem.

(Nachdruck verboten.)

Margarete fragte noch mancherlei, zuletzt auch, ob Lars ebenfalls Weib und Kinder sein eigen nenne. „Ach glaube, ich sah damals ein Weib in Eurer Nähe, das zu Euch zu gehören schien.“

Lars bligte verdunkelt sich. „Is ist schon io“, bejahte er mit einem Seufzer. „Ihr habt ganz recht gesehen. Aber — was war, ist nicht mehr.“

„Ist Eure Frau gestorben?“

„Die Frau? Nein — wenigstens weiß ich nichts davon. Aber das Kindchen ist tot, Madame — und das Kindchen war mir ans Herz gewachsen. Sie hat es vernachlässigt — die Frau war ein Satan, müßt Ihr wissen, und es ist kein Unglück, daß sie mit einem Säger durchgegangen ist. Und ich hatte die feste Absicht, mich mit ihr trauen zu lassen — um des Kindchens willen.“ Lars zog die Augenbrauen zusammen, preßte die Lippen aufeinander und stierte grieselrämig vor sich hin. Da ihm der Gegenstand nicht angenehm schien und offenbar wehmütige Erinnerungen in ihm geweckt hatte, wandte sich Margarete von ihm ab und zog ihren Gatten an ihre Seite.

„Lieber Arne“, hat sie mit zärtlichem Blicke, „kannst du mit nicht Lars als Bespelter mitgeben? Ich glaube, er würde gern bereit sein, das Amt zu übernehmen?“

Arne antwortete: „Warum nicht? Wenn er Lust hat. Er ist einer der bravsten und putzgerigsten Burtschen, die ich kenne. Ich will sogleich mit ihm sprechen.“ Das tat der junge Hauptmann, und bereits nach wenigen Minuten konnte er seiner Gattin berichten, daß Lars eingewilligt habe und alles in Ordnung sei.

Der Jubel Leonhards war groß, als er seine geliebte Schwester gesund und glücklich in die Arme schloß. Auch Ober-Christophor und die Mubuse freuten sich herzlich, wenn auch letztere bittere Bähren um ihre Barbara vergoß und Margarete klagte, sie möchte lieber heute als morgen von der Welt gehen, um all diesem Jammer endlich entrückt zu sein. Arne stellte seinem Schwager den Passierchein aus und erklärte sich auch

bereit, ihn mit Geld zu versehen, falls er dessen bedürfte. Letzteres lehnte Leonhard ab, da er für die Meise gnug besitze und in Büchli schon angemessene Beschäftigung finden werde, die ihm die Vollendung seiner Studien ermögliche. Außerdem verwandte sich Arne bei dem Vorgesetzten des in der Gegend liegenden Truppenzuges für die völlige Weisung seiner Verwandten von jeder idyllischen Einquartierung und Beschäftigung. Das geschah freilich erst einige Tage später, doch hatte er Margareten seine Absicht mitgeteilt und stellte in Person der viergeprüften Familie den Preis des Obersten zu.

Leonhard begleitete die Schwester nach Aunis. Während freuten die Götterwüter auf dem Flecken in dem vernünftigen Garten, wo der unglückliche Kantor eine Ruhe gefunden hatte. Arne war traurig, weil er sein Gräbchen so traurig sah. Um sie zu beglücken, machte er den Vorschlag, durch eintr. Soldaten die Leiche ausgraben und auf dem Friedhofe des Dorfes beisetzen zu lassen. Wie hätte sich Margarete befehlen und getrotzelt durch dieses Antrieben! In wenigen Stunden war alles geschichen. Freilich war kein Pfarrer mehr im Orte, die Leiche einzuweihen, da der langjährige Pfarrer des Amtes Ruckel in Rena getüdt hatte, aber Arne berief einen der schwedischen Feldprediger, der am Grabe eine tiefereitende Rede hielt und vom Himmel das baldige Ende des entsetzlichen Krieges als Gnade für die unglückliche Menschheit herabschickte.

Lars stellte mit geschickter Hand ein hölzernes Kreuz her, in welches er den Namen und Todesstag des Verewinten mit seinem Waffensinn. Margarete und Leonhard standen weinend an dem frisch aufgeworfenen Hügel, dann suchten sie Blumen in der Umgegend und schmückten ihn damit. Sie blieben, bis die Nacht hereinbrach, dann mußte sich die junge Frau schweren Herzens zum Abschied entziehen. Es waren trübe und doch frohlockende Stunden für sie. Ihre Erinnerung hatte nun eine Stätte, an der sie haften konnte, wenn sie des geliebten Vaters gedachte.

Als sie am Arm ihres Mannes, ihren Bruder an der anderen Seite, den kleinen Dorfsträßchen verließ, sprach sie, indem sie die betrübten Augen mit dem Ausdruck weiswollen, erklärten Schmerz zum Himmel emporhob: „Der Weg zur Wahrheit geht über Gräber.“

Arne und Leonhard drückten ihr schweigend die Hand

Dreizehntes Kapitel.

Weit drinnen in Schweden breiten sich die fruchtbaren Gefilde der Landschaft Södermanland aus. Zwischen mächtigen Waldungen und großen schönen Seen erstreckt man allenthalben wohlhabende Acker, auf denen Roggen und Hafer die goldenen Ähren im Winde wiegen und üppige Wiesenflächen, wo ganze Herden munterer Pferde, buntschweifiger Rinder und grauwolliger Schafe das saftige Gras abweiden. Hier und da wiegelt sich im Wasser die hölzernen Güter eines Weilers oder Dorfes oder blüht das Dach eines ansehnlichen Landhauses in der Sonne oder unterbricht das Klappern einer Mühle die Stille und Einämteit.

So zeigte sich die neue Heimat Margareten, als sie mit Susannen und dem treuen Lars nach Norden fuhr. Es war so ganz anders, als daheim und doch freundlich und idyllisch nur war es schon recht kalt und rau. Obwohl man erst im Oktober war, hatte der Winter bereits seine ersten Vorboten ins Land geschickt.

Trotzdem hielt sich das Wetter angenehm und trocken, und hell und freundlich strahlte die Sonne auf den See, auf welchem die drei Reisenden an einem Klosterdommüllare in einem großen Boote ihrem nächsten Ziele zuktueren. Dieses Ziel war ein prächtiges Herrenhaus an einem der anmutigsten Ufer, umgeben von idyllischen Wäldern, prägnen Weiden und reichbestandenen Feldern. Es war das Schloß der Gräfin von Lindarström, der Repräsentantin eines alten und sehr begüterten schwedischen Geschlechtes. Die große Landwirtschaft, welche zu dem Schloße gehörte, hatte die Gräfin verpachtet und bei dem Wälder Turm unter seiner Frau sollte Margarete Aufenthalt nehmen, bis man die Meise zur Mutter Arnes fortziehen konnte.

„Die Meise“, hatte Arne zu ihr gesagt, „ist jetzt zu bedauerlich.“ Es muß erst Schnee liegen, damit ihr die weiten Strecken in prächtigen Schichten zurücklegen könnt. Lars ist ein Sohn des Landes, der Gegend und Sprache kundig, verlaß dich auf ihn, er wird den Aufbruch zur rechten Zeit bevorzugen.“

(Fortsetzung folgt.)

findung
Bedürfnis
eingurichten
weilung.
Nach
Stimmungen
der Petition
Abg. 2
des Gesch.
7. 2. 1918
ten (D
tehr (A
nem), 4.
richt (M
genhe te
Arbeits
ren Müd
des Ance
für Kultu
gehört d
Interdich
Konting
seinem Bi
Kamens de
die Zustim
Nach
Kopf milt
ferien in
Abg. 2
Verfassung
eine legit
vorläufig
ferium zu
überführ
war der W
wie die V
Regierung
Sanl.
wah sam
der Meinu
nicht, daß
werden un
es einer Z
durchzuf
eine sachl
schlagen a
liche Reg
hagen, we
wäre, eine
W. bilden
wirkung de
der Ruhe
reines Ko
nach der
den Ansp
Hilfsmitt
daß auch
keiten der
den, daß d
gewisse G
der Zufun
schließen b
die Kirche
eine ver
um ihre A
alten Bad
bestattet
seit Baden
gellen Ge
dem zur
Wir anecl
Soldaten
tung un
dem Weib
auf dem G
reden den
lassen, so
gleich ein
der Schule
Alten. Fr
Heute sch
ist deshal
ich gegenü
neuen Reg
ich aber a
Um 1.

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Abg. 2
Verfassung
eine legit
vorläufig
ferium zu
überführ
war der W
wie die V
Regierung
Sanl.
wah sam
der Meinu
nicht, daß
werden un
es einer Z
durchzuf
eine sachl
schlagen a
liche Reg
hagen, we
wäre, eine
W. bilden
wirkung de
der Ruhe
reines Ko
nach der
den Ansp
Hilfsmitt
daß auch
keiten der
den, daß d
gewisse G
der Zufun
schließen b
die Kirche
eine ver
um ihre A
alten Bad
bestattet
seit Baden
gellen Ge
dem zur
Wir anecl
Soldaten
tung un
dem Weib
auf dem G
reden den
lassen, so
gleich ein
der Schule
Alten. Fr
Heute sch
ist deshal
ich gegenü
neuen Reg
ich aber a
Um 1.

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Präsident
Im C
frasthen
schaften
wurde. V
Anfrage
Lehmann
Welche E
nicht in d
weshalb
fährt wer
Fortse

Abg. 2
ner der
Stierum
verbeid
Abg. 2
amerlenn
Auch wir
werden bei
zu fördern
wegs ganz
dung des
ein beson
nicht in d
Mebner po
der Unbe
Nationalen
Zintenf
Plan darf
nen der
Bertrauen

Abg. 2
Beneber
interdich
Beneber
den heute
fanden zu
weisen W
in Baden
Beschichte

Bindung durch die Omba. Die Regierung erkennt das Bedürfnis an und beabsichtigt, bei den Verhandlungen eine Autonomie einzurichten. Die Kommission beantragt empfehlende Überweisung.

Nach zustimmenden Ausführungen der Abg. Schön (Dem.), Wittenmann (Ztr.) wird der Antrag auf empfehlende Überweisung der Petition angenommen.

Abg. Dr. Grotzer (Dem.) berichtet über die Abgrenzung des Geschäftskreises der Ministerien. Es werden in der Folge 7 Ministerien gebildet: 1. Auswärtige Angelegenheiten (Ministerium des Auswärtigen), 2. Finanzen und Verkehr (Finanzministerium), 3. Inneres (Ministerium des Innern), 4. Justiz (Justizministerium), 5. Kultus und Unterricht (Unterrichtsministerium), 6. Militärische Angelegenheiten, 7. Soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten (Arbeitsministerium). Der Geschäftskreis des früheren Ministeriums des Innern wird geteilt in das Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium. Dem Ministerium für Kultus und Unterricht wird zu seinem bisherigen Geschäftskreis das gewerbliche und kaufmännische Unterrichtswesen einschließlich der Kunstgewerbeschulen und der Kunstgewerkschaften zugeführt. Dem Justizministerium wird zu seinem bisherigen Geschäftskreis das Justizwesen zugeführt. Namens der Kommission stelle ich den Antrag, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu geben.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, in welcher Präsident Kopp mitteilt, daß das Haus nach der morgigen Sitzung in Diszession geht, erhält das Wort der

Abg. Dr. Grotzer (Zentr.): Der erste Auftrag, das Werk der Verfassung, ist beendet. Der zweite Auftrag unserer Wähler war, eine legitime Regierung zu bilden. Damit ist die Mission der vorläufigen Regierung beendet. Man wird dem vorläufigen Ministerium zustimmen, daß es das Land rasch in geordnete Verhältnisse überführt. Diese Aufgabe war, keine leichte, denn auch bei uns war der Boden ein vulkanischer. Sowohl Ordnung und Sicherheit wie die Bahn für die neuen Verhältnisse verband die vorläufige Regierung zu schaffen. Für alle die Arbeit sage ich der Regierung Dank (Allgemeiner Beifall). Dieses allseitige Bravo beweist, daß sämtliche Parteien sich diesem Dank anschließen. Wir waren der Meinung, daß 6 Ministerien genügen; doch bekannten wir nicht, daß außerordentliche Verhältnisse auch 7 rechtfertigen. Wir werden uns daher mit der Siebenzahl abfinden. Vielleicht bleibt es einer Zukunft vorbehalten, eine etwas mehr sachliche Einteilung durchzuführen. Für heute müssen wir jedoch fragen: Was nützt eine sachliche Regierung zu schaffen und die politischen Revolutionen schlagen alles klein. Deshalb muß man Verständnis für die politische Regierung haben, wie sie jetzt erfolgt. Es würde es begrüßen, wenn eine der ersten Handlungen des neuen Kabinettsminters wäre, eine Frau als Referentin im Kultusministerium zu berufen. Wir bilden ein Koalitionsministerium, weil es der Mitwirkung des ganzen Volkes bedarf. Wir glauben die Mitwirkung der Ruhe und der Ordnung des Landes schuldig zu sein. Ein reines Koalitionsministerium hätte eine gleichmäßige Verteilung nach der Stärke der Parteien gefordert und der härtesten Parteien Anspruch auf den Präzedenzfall gestiftet. Die politischen Verhältnisse machen jedoch diese Einteilung nicht möglich und ich hoffe, daß auch unsere Partei im Lande Verständnis für die Notwendigkeit der heutigen Lage hat. Wir waren deshalb mit einverstanden, daß die Sozialdemokratie den Präsidenten stellt. Ueber eine gewisse Grenze können wir jedoch nicht hinausgehen. Es darf in der Zukunft kein Zentrumsmann mehr von einem Amte ausgeschlossen sein; es darf keinem Amtmann mehr verweigert sein, in die Würde zu gehen. Die Aufgabe des neuen Ministeriums ist eine verantwortungsvolle; ich beneide die Herren nicht um ihre Aufgaben. Möge es ihnen verfallen sein, die Grenzen des alten Baden unterrichtet zu erhalten. Möge es ihnen aber auch verfallen sein, bei aller Anerkennung des Reiches, die Selbstständigkeit Badens im Reiche zu erhalten; die Selbstständigkeit auf finanziellem Gebiet und auf kulturellem Gebiet. Im Innern wird vor allem zur Aufgabe die Abschaffung einer neuen Nebenregierung. Wir anerkennen nur die neue Regierung, nicht die Arbeiter- und Soldatenräte. Wir erwarten von der Regierung die Neuorganisation unseres Soziallebens. Dann zur Sozialisierung auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Land- und Forstwirtschaft, auf dem Gebiete des Gewerbelebens. Hier möchte ich der Regierung den Rat geben, sich nicht von der Sozialisierungsarbeit leiten zu lassen, sondern der Sozialisierungsbestrebungen. Unsere Familien sind einem zerstörten Elend; hier gibt es vieles zu bessern. In der Schule möchte ich raten, vorsichtig zu sein im Umpfen des Alten. Früher war uns die Regierung von oben eingeschaltet worden. Heute schaffen wir selbst die Regierung mit. Die erste Aufgabe ist deshalb die in der Führung der Regierung; dies möchte ich gegenüber der Presse und dem Volke sagen. Ich wünsche der neuen Regierung viel Glück, Weisheit und Energie. Dann sage ich aber auch: An Gottes Segen ist alles gelegen.

Um 1.25 Uhr verlegt sich das Haus auf nachmittags 3.30 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Kopp eröffnet die Sitzung um 3.45 Uhr.

Im Eingang befindet sich ein Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion über die Vergeltung der Standesherrschaften in Baden, der bereits von unserem Platte wiederbegeben wurde. Von den Abg. Mager (Dsch. Ntl.) u. Gen. ging eine kurze Anfrage betr. der Holzverteilungsgesellschaften ein. Von den Abg. Leibmann (Soz.) u. Gen. ging folgende kurze Anfrage ein: Welche Schritte gedenkt die Regierung zu tun, um dem Lande Baden den entsprechenden Anteil an den Lebensmitteln, welche durch das Krisisjahr Abkommen dem Deutschen Reiche zugeführt werden, zu sichern?

Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes über den Geschäftskreis der Ministerien.

Abg. Niederhülsh (Dem.) teilt mit, daß er persönlich ein Gegner der Zusammenführung der Gewerbeämter in das Unterrichtsministerium sei und bezieht sich dabei auf den Verband badischer Gewerbebeamten.

Abg. Mayer-Karlruhe (Dsch. Ntl.): Es liegt mir fern, die anerkanntesten Worte von heute vormittag abzuschwächen zu wollen. Auch wir verkennen nicht die Schwierigkeit der Lage. Auch wir werden jederzeit dabei sein, wenn es gilt, Ordnung und Wohlfahrt zu fördern. Doch befürchte ich, daß der vorliegende Gesetzentwurf keineswegs ganz; die parteipolitischen Gesichtspunkte haben bei der Bildung des Staatsministeriums überwogen. Der Landwirtschaft hätte ein besonderes Ministerium gebührt. Unser Beamtenstand soll nicht in das Getriebe des Barocklebens hineingestoßen werden. Der Redner polemisiert gegen den „Badischen Staatsanzeiger“, der von der Unbeliebtheit der kleinen recht anständigen Gruppen in der bad. Nationalversammlung schrieb. Das ist eine Unverschämtheit eines Feindes der Regierung. (Zwischenrufe bei den Soz. abem.) Man darf unseren guten Willen nicht in Frage stellen. Wir können der Regierung daher nur ein vorsichtiges und abgewogenes Vertrauen entgegenbringen.

Abg. Grotzer (Dem.) tritt für eine einheitliche Schulung im Gewerbewesen ein. Ein technischer Referent muß deshalb ins Unterrichtsministerium kommen. Damit werden auch die Wünsche der Gewerbelehrer erfüllt. Mit den Ausführungen des Abg. Grotzer von heute früh können wir uns einverstanden erklären. Dagegen finden wir seine Angriffe auf die früheren Verhältnisse unangebracht; danach wären diese förmliche Christenverfolgungen gewesen. Männer, die das religiöse Pöbeln verfolgten, gab es in Baden nicht. (Abg. Wittenmann: Dann kennen Sie die badische Geschichte nicht.) Ich kenne die badische Geschichte. Ich freue

mich, daß das jetzige parlamentarische System solche Verdächtigungen unmöglich macht. In dieser Hinsicht freut es uns, daß Abg. Grotzer erklärt, daß auch seine Partei mitarbeiten wolle.

Abg. Schön (Dem.) erklärt es als einen schmerzlichen Verzicht, daß kein Landwirtschaftsministerium geschaffen wurde. Das Abg. Grotzer heute früh vortrug, war überaus bedauerlich. Wir will schmerzen, daß den in Frage kommenden Herren lediglich die Menschenfurcht abspieß, gottesfürchtig zu sein.

Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.):

Auch wir danken der vorläufigen Vollregierung für ihre dem Lande geleisteten Dienste, die sie während der Uebergangszeit vom 9. November bis zum heutigen Tage verrichtet hat. Wir freuen uns auch darüber, daß, obwohl diese Regierung in der Mehrheit sozialdemokratisch besetzt war, auch von bürgerlicher Seite anerkannt wurde, die Arbeit, die sie geleistet hat, sei eine gute gewesen. Wenn nun der Herr Abg. Mayer-Karlruhe von der parlamentarischen Vollregierung nicht viel wissen will, so nehmen wir das ihm nicht sehr tragisch. Es ist begreiflich, daß eine Partei, die Jahrzehnte lang bis zum 9. November sich auf diesem Gebiete völlig in der Minderheit befunden hat... (Sehr richtig! bei den Soz., Widerspruch rechts.) Auch in Baden! Die Regierung war nicht national-liberal, sie war konservativ (Baden rechts). Die National-liberalen haben hier nur die Stange gehalten. Wir begreifen es sehr wohl, wenn eine solche Partei etwas empfindlich geworden ist. Die Herren können sich halt in die neuen Dinge

nicht gut hineinfinden;

aber es wird sich mit der Zeit schon machen (Heiterkeit), wenn einmal ein paar Jahre darüber hinweggegangen sind. Wenn Sie einmal solange unter der Fuchtel der anderen geleistet haben würden — Sie werden es ja nicht, weil die Demokratie und die Republik Ihnen das nicht zumutet —, was man uns Jahrzehnte lang zugemutet hat (Sehr richtig! bei den Soz.) — dann würden Sie es besser gemohnt sein und würden nicht gegen einen harmlosen Artikel der „Karlruher Zeitung“ in dieser Weise Sturm laufen. (Zurufe rechts.) Was vom Zentrum befragt worden ist, können wir jetzt momentan nicht unteruchen; wir wissen jedoch, daß es zum großen Teil, vielleicht fast völlig berechtigt ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber wir wissen auch, daß man der Sozialdemokratie gegenüber

nach mit einem ganz anderen Maß von Terror gearbeitet hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich erinnere Sie an einen Fall Schälke in Karlsruhe, wo es Rassende war, daß ein Arbeiter der Eisenbahnverke, ledig, weil er sich in der Wirksamkeit in Karlsruhe wählten ließ, hinfällig gemacht werden sollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Preußen hat man es allerdings noch ganz anders gemacht. Es waren ja bis zum 9. November

vorläufige Zustände

vorhanden. Wenn heute der Spartakismus überall das Hauptverbrechen ist, so müssen wir fragen: es sind am allermeisten die früheren Zustände daran schuld, für die Sie (nach rechts) und die anderen mit verantwortlich sind. Wir haben diese Dinge nicht verstanden, und wir lehnen deshalb auch die Verantwortung für die gegenwärtigen Zustände mit Recht ab. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun hat der Abg. Dr. Grotzer erklärt, er danke nicht den Arbeiter- und Soldatenräten.

Er wünscht im Gegenteil, die Arbeiter- und Soldatenräte sollten jetzt nicht mehr weiter als Nebenregierung fungieren. Wir wünschen auch, daß keine Nebenregierung im bösen Sinne da sein soll. Aber

wir danken

auch an dieser Stelle den Arbeiter- und Soldatenräten für das, was sie bei der Revolution und seit der Revolution dem Volke Gutes geleistet haben. Das Bürgertum ist in Deutschland seit Jahrzehnten politisch so gleichgültig und so demütig gemacht worden, daß ihm das Gefühl für die schmachvolle Behandlung von Seiten einer kleinen Minderheit abhanden gekommen war, und da nun in Deutschland nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch zugrunde gegangen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir mußten deshalb die A- und S-Räte schaffen, um mittels dieser Institutionen die Neuordnung durchzuführen zu können. Wir sind, wenn auch nicht leichtem Herzens, bereit, durch Teilnahme an einem Koalitionsministerium daran mitzuwirken. Sie dürfen versichert sein: es ist uns

nicht leicht gefallen,

diesen Schritt zu unternehmen. Einmal natürlich wegen der schweren Verantwortung, dann aber auch wegen der Zusammengehörigkeit der Regierung, in der wir eben nur die Minderheit darstellen. Sie, von bürgerlicher Seite, werden mitteilen können, in wem sich der Aufbau des Staates. Es wird uns aber wenig helfen können bei der Verhinderung der hungernden, darbenenden und verzweifenden Volksmassen, denn die Arbeit müssen wir in Zukunft genau so in der Hauptfrage leisten, wie wir sie bisher im Uebergangsministerium haben leisten müssen. Nach unserer Auffassung ist die

Revolution noch nicht beendet,

weil der politische und sozial. Politisch ist deshalb nicht, weil die Welt revolutioniert werden müssen, die Jahrzehntlang durch die Reaktion in Deutschland politisch vollkommen verflümmert bleiben. Vor allem wird aber auch eine

Revolutionierung der Behörden

vorgenommen werden. Wir verlangen aber nicht nur für das Zentrum und für seine Glaubensgenossen diese Freiheit, sondern auch für unsere Weltanschauung und wir haben, weil wir so gut wie ganz ausgeschlossen waren, in der Hinsicht eine weit längere Rechnung zu präsentieren, als sie vom Zentrum präsentiert werden kann. Wirtschaftlich ist die Revolution natürlich erst recht nicht abzuschließen. Wenn Herr Abg. Dr. Grotzer glaubt, man sollte möglichst wenig Sozialisierungsversuche machen, dann müssen wir selbstverständlich den allerhöchsten Protest dagegen einlegen. Denn nach unserer Ansicht kann die wirtschaftliche Revolution erst dann als beendet erklärt werden, wenn die soziale Ungleichheit, wenn

der Klassenhaß aus der Welt geschafft

ist. Solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung existiert, gibt es keine Ruhe in puncto wirtschaftliche Revolution. Solange wird die Revolution nicht nur von uns weitergetrieben werden, sondern sie wird ganz von selbst sich weiterreiben, und es wird erst dann eine Ruhe und wirkliche Ordnung in die Bevölkerung einkehren, wenn die

soziale Ungleichheit

aus der Welt geschafft ist. Und damit es dahin kommt, daran werden wir so wie früher jeder Tag für Tag unermüdet weiterarbeiten. Wir betrachten die jetzige Verfassungsgebung, wir betrachten die Bildung des Ministeriums und die Aufnahme einer geordneten Staatsverwaltung als

Etappe auf dem großen Marsch

der politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Wir werden den Marsch solange fortsetzen, bis das Volk in Stadt und Land aus den Fesseln des Kapitalismus befreit ist, bis wir eine freie glückliche Menschheit mit völliger Gleichberechtigung an allen Kulturwerten geschaffen haben. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) betont gegenüber dem Abg. Grotzer, daß es dem Beamten jetzt völlig freisteh, seine Anschauungen selbstständig nach außen zu vertreten. In dieser Hinsicht ist mit dem alten System völlig gefahren worden. Wenn die bürgerlichen Mitglieder der Regierung nicht mitteilen können, an der Verhinderung der Massen, dann geben die Bürgerlichen am besten aus der Regierung

heraus. Ein sozialdemokratisches Kabinet könnte in Baden nur ein paar Wochen, keine paar Monate bestehen. Wir brauchen vor allem die Bauern. Außerdem kann uns nur eine Koalitionsregierung einen erträglichen Frieden bringen. Das Koalitionskabinet war eine schwere Geburt. Verzeihen Sie Ihre sozialistischen Ideen, wir werden die drifflischen Ideen verzeihen. Aber dieser Kampf muß auf dem Boden der Demokratie vor sich gehen. Die Revolution ist nicht abgeschlossen.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Grotzer (Dem.) und Wittenmann (Ztr.) wird die allgemeine Beratung geschlossen.

In der Spezialberatung weist Abg. Dr. Diez (Soz.) bei § 8 darauf hin, daß er in der Kommissionsberatung verlangt hatte, das Fortweilen dem Ministerium des Innern anzugliedern bis ein eigenes Landwirtschaftsministerium geschaffen wird und kritisiert, daß das Fortweilen dem Finanzministerium angegliedert wird. Das Schicksal des Koalitionskabinetts ist an dem Tage erledigt, an dem irgend ein Teilnehmer es an Gewissenhaftigkeit fehlen lassen. In wenigen Tagen wird eine Kreditvorlage von 200 Millionen vor Sie kommen. Es handelt sich in der Zukunft um große Aufgaben. Wir wollen alles tun, um unserem armen Volke die Rettung zu ermöglichen.

Abg. Grotzer (Ztr.) stellt fest, daß er nur gefragt habe, Nebenregierungen dulden wir nicht. Ich sprach weder positiv noch negativ von den Arbeiter- und Soldatenräten.

Es folgt die Abstimmung über den Gesetzentwurf, der mit 94 Stimmen einstimmig angenommen wurde.

Wahl der Regierung.

Präsident Kopp teilt mit, daß Vorbereitungen zwecks Bildung eines Koalitionskabinetts stattgefunden. Die Wahl kann daher in einem Wahlgang vor sich gehen.

Die Wahl geht durch Abgabe von Stimmzetteln vor sich. Das Ausgehen der Stimmzettel ergibt bei 94 abgegebenen Stimmen 77 Stimmen für die gedruckte Liste ohne jede Veränderung; 6 ungeschriebene Zettel; auf 11 Zetteln der gedruckten Liste war als Unterrichtsminister Wirth an Stelle von Hummel genannt; auf einer Reihe Zettel war Markloff an Stelle von Engler als Staatsrat bezeichnet; bei 3 Zetteln waren die Staatsräte ganz gestrichen. Der gedruckten Liste zufolge sind mit 77 Stimmen, teils mit mehr Stimmen als Minister gewählt: 1. für auswärtige Angelegenheiten: Abg. Dietrich (Dem.); 2. für Finanzen: Abg. Dr. Wirth (Ztr.); 3. für Inneres: Abg. Kemmle (Soz.); 4. für Justiz: Abg. Trunk (Ztr.); 5. für Kultus und Unterricht: Abg. Hummel (Dem.); 6. für militärische Angelegenheiten: Abg. Weich (Soz.); 7. für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten (Arbeitsministerium): Abg. Wülfert (Soz.). Als Staatsräte sind gewählt: die Abg. Haas (Dem.), Köhler (Ztr.), Marum (Soz.), Weichhaupt (Ztr.), Wittenmann (Ztr.) und Stadtrat Wilhelm Engler (Soz.) in Freiburg.

Präsident Kopp teilt das Resultat mit und bittet die gewählten Herren die Regierungsbüro eingunehmen. Hiermit hat die Nationalversammlung ihre Aufgabe in der Hauptsache gelöst. Es wird nur noch der Sanktion der Verfassung bedürfen, sowie der Zustimmung des Landes in der Volksabstimmung vom 13. April, um die Nationalversammlung in einen ordentlichen Landtag zu verwandeln. Den gewählten Herren unseren herzlichsten Glückwunsch. Große Aufgaben stehen ihnen bevor. Nach sind die Verhältnisse nicht konsolidiert. Es wird Aufgabe der Regierung sein zu beweisen, daß auf dem Boden der neuen Verfassung nützliche und erspriehliche Arbeit geleistet werden kann. Ich hoffe und wünsche den neuen Ministern, daß es ihnen gelingen möge, das Vertrauen von dem sie getragen sind zu rechtfertigen.

Die neuen Minister nehmen die Regierungsbüro ein.

Auf Vorschlag des Abg. Wittenmann (Ztr.) wird der Staatspräsident durch Zuzug gewählt, wobei Abg. Wittenmann den Abg. Weich (Soz.) als Staatspräsidenten und den Abg. Trunk (Ztr.) als stellvertretenden Staatspräsidenten vorschlägt. Danach werden einstimmig gewählt: Abg. Minister Weich als Staatspräsident; Abg. Minister Trunk als stellvertretender Staatspräsident.

Staatspräsident Weich:

Die Redner aller Parteien haben im Laufe der heutigen Sitzung der vorläufigen Vollregierung gedankt. Wenn gesagt wurde, daß jene Männer schweren Herzens das Amt angetreten haben, so ist dies richtig. Wir sind in der glücklichen Lage, zu sehen, daß Ruhe und Ordnung erhalten blieb. Das schönste bei unserer Arbeit in der vorläufigen Regierung war die gemeinsame Zusammenarbeit. Ich freue mich dieser Zusammenarbeit, auch wenn wir parteipolitisch getrennt waren. Ich spreche gleichzeitig den Dank aus für das Vertrauen, das Sie der neuen Regierung geschenkt haben. Uns allen fällt es schwer, in die neue Regierung einzutreten. Schwer sind die zu erledigenden Aufgaben. Die Regierung bedarf hierzu der Einigkeit und Geschlossenheit innerhalb der Regierung und des Vertrauens der badischen Nationalversammlung. Ohne dieses Vertrauen können wir nicht arbeiten. Unser Grundgesetz ist: Alles durch das Volk, alles mit dem Volk, alles für das Volk! (Beifall.)

Präsident Kopp schließt sich den Worten des Dankes für die vorläufige Regierung an. In dieser ist dankenswerte Arbeit geleistet worden, die auch in der Geschichte Anerkennung finden wird. Der Präsident teilt mit, daß ein Schreiben einging vom Abgeordneten Kemmle, der nunmehr Minister des Innern ist, in dem er das Amt des Vizepräsidenten der Nationalversammlung niedersetzt. In der nächsten Sitzung wird ein neuer Vizepräsident gewählt werden. Vom Abg. Haas (Dem.) ging ein Schreiben ein, in dem er auf seine Mitgliedschaft der badischen Nationalversammlung verzichtet; vermutlich um sich der Deutschen Nationalversammlung zu widmen (Abg. Haas: Ja wohl!); aus den Akten wird der Nachfolger des Mandats festgestellt werden. An Stelle des Abgeordneten Kemmle (Soz.) kommt der Abg. Marum (Soz.) in die Verfassungskommission. An Stelle des Abg. Hummel (Dem.) kommt der Abg. Hertz (Dem.) in die Budgetkommission.

Zum Schluß der Sitzung geht ein Antrag Marum (Soz.) und Genossen ein. Er hat als Gesetzentwurf die Feier des 1. Mai zum Gegenstand. Der 1. Mai ist allgemeiner Feiertag und gesetzlicher Ruhetag. Das Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Der Entwurf wird der Verfassungskommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. April, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung: Vizepräsidentenwahl, Entlassungs- und Sperrgesetz. — Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Von der Regierung.

Mit dem gestrigen Tage treten die Abgeordneten Haas, von den Demokraten und Markloff, Stöckinger, Marum aus der Regierung aus. Herr Haas, der sein Mandat zur badischen Nationalversammlung niedersetzte, und Abgeordneter Marum werden als Staatsräte der neuen Regierung hinzudelegiert.

Nachdem der bisherige Minister des Innern Dr. Haas sein Abgeordnetmandat niedersetzt hat, tritt als nächster Kandidat auf der Liste der dem. Partei Buchdruckermeister Koelslin in Baden-Baden in die badische Nationalversammlung ein. Abg. Koelslin gehörte bekanntlich schon den früheren Landtagen an.

Der Geschäftskreis der Ministerien.

Gemäß der nunmehrigen Teilung des bisherigen Ministeriums des Innern in ein Ministerium des Innern und ein Arbeitsministerium ergibt sich folgende Gliederung:

Der Geschäftskreis des Ministeriums des Innern umfaßt die innere Verwaltung, soweit nicht anderen Ministerien zugezogen, insbesondere Reichs- und Landtagswahlen; Staatsangehörigkeit, Auswanderung, Ordnungs- und Sicherheitspolizei, Vereine, Ver-

Lebensmittelprüfung und -versorgung. 4 Milchperlmilch wurden wegen Milchfäulnis und eine Milchmutter wegen Unterzuckerung angezeigt, weil sie von der Milch, die sie für das tägliche Milchkaffee sammelte, 225 Liter unterzuckerter Milch und im wässrigen Gandel weiter verarbeitete. Sie wurde vom Milchamt entlassen. Angezeigt wurden 23 Personen, die Milch im wässrigen Handel erworben hatten und hier einführten. Ferner wurden bei 2 Wirten in Anlehnung an 1 geschädigtes und gefäulnis Schwein, sowie ungefähr 10 Pfund frisches und gefäulnis Hammel- und Kalbfleisch beschlagnahmt, das von Milchmutterherren herrührt. Wegen Zuverlässigkeit gegen die Versorgungsbedürfnisse wurden die Restaurationsräumlichkeiten des Schlosshotels hier geschlossen.

Letzte Nachrichten.
Die Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 1. April. Nach den hiesigen Friedhöfen wurden bis Montag nachmittag 7 Leichen der bei den Unruhen erschossenen Personen gebracht. Unter den Toten befinden sich vier Frauen. Die Zahl der Gestorbenen hat sich inzwischen auf 16 erhöht, sie ist aber noch im Steigen, da verschiedene andere Personen so schwer verletzt sind, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. Einzelnen von der Wunderverletzung eines Mädchens und einer Schererei am Petersberg, wodurch ein Wundmeister und zwei Hilfskräfte verletzt wurden, blieb es heute ruhig. Die Scherereiorgane beherrschen die Lage. Der Wunderverletzung sind mehrere Millionen Mark.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagbl.“ aus Essen a. d. R. hat sich die Streiklage im Ruhrgebiet heute bedenklich verschärft. Aus allen Teilen kommen Meldungen über neue Arbeitseinstellungen, so daß es scheint, als ob der Streik doch ziemlich allgemein werden wird. In Essen, Mühlheim und Barmen-Bergisch hat der Ausstand auf die große Mehrzahl der Fabriken übergegriffen. Auch vom Dortmunder, Bochumer, Herner und Recklinghauser Revier sind zahlreiche weitere Werke vom Ausstand betroffen. Berlin, 3. April. Aus dem Ruhrrevier ist über teilweise Verschärfung der Streiklage und andererseits teilweise Abflauen

berichtet. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Bochum sei die Zahl der streikenden Bergarbeiter zurückgegangen. Auf vielen Werken werde schon wieder gearbeitet. Nur dort, wo die Sparkassen die Oberhand hätten, werde noch gestreikt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Essen melden: Die Nachrichten über die Streiklage im Ruhrgebiet lassen keinen Zweifel darüber, daß auch bis gestern von einem Generalstreik nicht gesprochen werden könne.

W. W. Mühlheim a. d. R., 2. April. Bei der Firma Thyssen u. Co. sind die gesamten Angestellten, nachdem die Firma die Gehaltsforderungen abgelehnt hatte, heute vormittag 10 Uhr in den Ausstand getreten. Die Arbeiter üben passive Resistenz. Das gesamte Werk wurde stillgelegt.

Ungarn.

Budapest, 2. April. Durch eine Verordnung über die Organisation der Bezirksverwaltung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion wird die landwirtschaftliche Verwaltung auf die Lokalverwaltung übertragen, wobei stets der Bauernrat als Ausgangspunkt dient. Die Organisation der landwirtschaftlichen Verwaltung gliedert sich insofern in die Gemeinde, den Bezirk und das Komitat, für deren Gebiete Kommissionen für Bezirksverwaltung und Produktionsförderung errichtet werden. Als höchste Instanz gilt die aus Mitgliedern des Volkskommissariats für Ackerbau und drei Delegierte des Landesverbandes für Bodenarbeiter bestehende Landkommission. Nach einer Regierungsverordnung ist in Budapest und in den Provinzhauptstädten, in denen Häuser in Gemeindefiskus übernommen worden sind, jeder Mietzins im Monatsratel im voraus zu zahlen.

Die Lage an der Ostfront.

Berlin, 2. April. An der Ostfront war die aggressive Tätigkeit der Polen besonders lebhaft im Abschnitt Ostpreußen-Kurland: 1. Stärkere Patrouillen wurden nordwärts geschickt und bei der Billa abgemacht werden. 2. Die Polen beschossen Gollitsch und südlich Elmasch. Sie unterbanden dort auch jeden Verkehr der Zivilbevölkerung. 3. Polnische Vorstöße gegen die Zuckerfabrik von Bzum wurden abgewiesen. Seit dem 30. März greifen die Bolschewiken auf der Kur- und litauischen Front von Ostpreußen bis Schmal an und zwar unter Einsatz beträchtlicher Verstärkungen und mit starker Artillerie. Die Kämpfe wurden am 31. März fortgesetzt und dauern bei Stolzen südlich Elmasch und Kaluzem südlich Schmal noch an. Sonst sind die Bolschewiken zurückgeschlagen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Ettenau. Die Karte mit der Veranlagungsanzeige vom Donnerstag abend hier an. Poststempel 27. 3. 19, 7-8 U., die Anündigung der Veranlagung am selben Tage konnte also nicht mehr gebracht werden.

E. K. 101. Die Unterfertigung ist zu zahlen bis zum 31. Dez. 1918. Sind Sie mit dem Entschlossen zu zahlen. Der Antrag ist zu stellen beim Bürgermeisterrat. Auf den absehenden Bescheid des Bezirksamtes ist Bescheid beim Landeskommissar zu erheben.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Naturfreunde) Bildungs- und Werksammission sowie Ausflüge heute abend 7 1/2 Uhr Sitzung im Lokal. 2338
- Durlach. (Zentralverband der Handlungsgehilfen.) Freitag, 4. April, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Nebenzimmer „Alte Metzgerei“, Kronenstr. 2339
- Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 5. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Gemeindefusionen, Kreiswahlen und Bezirksratswahlen. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. 2338
- Fagsfeld. (Soz. Verein.) Samstag, 5. April, abends 8 Uhr, im „Richt“ Versammlung. Erscheinen aller Parteigenossen notwendig. 2337
- Jöhlingen. (Sozialdemokratischer Verein.) Sonntag, 6. April, nachm. 4 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung. 2340 Der Vorst.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 197, gef. 8; Rehl 200, gef. 9; Ragau 490, gef. 4; Mannheim 433, gef. 8 Zentimeter.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Zahn-Praxis
Rudolph Holl
Dentist
Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten.
Zahnersatz und Plomben in
— künstlicher Ausübung. —
Karlsruhe, Raststr. 8, neben Warenhaus Platz
Fernruf 2733.
Sprechstunden: 8—12 und 2—6, 885
Auf Wunsch nach vorheriger Vereinbarung Behandlung auch ausserhalb der üblichen Sprechstunden.

1290 M. neues mod. Schlafzimmer
bestehend aus 2 hochhübl. Bettstellen, 2 Sprungbrettmatrassen, 2 dreiteil. Seegrasmatrassen, 2 Kissen, 1 Spiegel, 1 Spiegelkasten, 1 Waschtisch mit Spiegel, 1 Aufsatz, 2 Nachttische, marmoriert. 2341
Kaiserstraße 69, Möbelladen.

Oster-Ferien
Während der Osterferien erhalten Schüler sämtlicher Lehranstalten
die schlecht schreiben
in 8—10 Tagen eine schöne Normal- oder kautm. Schönschrift. — Wegen Einteilung nach Zeit, Alter und Geschlecht erbitte baldigste schriftliche oder persönliche Anmeldung.
Beginn: Montag 14. April. Honorar 15.—
F. Buck's Spezial-Schreibschule, Karlsruhe, Lessingstr. 78, Ecke Gartenstrasse bei der Munitionfabrik.

Großtucharbeiter
für erstklassige Zivilarbeit
sofort gesucht.
Schröder & Fränkel
211 Kaiserstraße 211.

Neu eröffnet!
Möbelhaus Gebr. Bär
Kaiserstraße 115
Eingang Adlerstrasse.
Reservomagazin Zähringerstr. 30 — Telefon 4997.
Kompl. Wohnungseinrichtungen
- Einzel-Möbel -
Mässige Preise.
Kostenl. Aufbewahrung. Reelle Bedienung
2312

Allgemeine Ortskrankenkasse
Rastatt-Stadt.
Wir geben hiermit bekannt, daß als Kassenzurückgelassen sind
für die Orte Rastatt, Rheinau, Otterndorf, Pflitzersdorf, Steinmauern, Raunental, Niederbühl, die Herren:
Dr. Braasch, Rastattstr. 9,
Dr. Ender, Rastattstr. 30,
Dr. Jahn, Rastattstr. 35,
Dr. Müller, Herrenstr. 3,
Dr. Wertheimer, Schloßstr. 2,
alle in Rastatt;
für die Orte An a. Rh., Gießelheim, Dürmersheim, Eichenheim, Müllingen, Wirmersheim und Dettigheim die Herren Dr. Schwing und Dr. Käte in Wirmersheim, für Dettigheim außerdem noch die 5 Rastatter Ärzte;
für die Orte M. Rh., Walpertsweiler und Müllingen die Herren Dr. Esitz und Dr. Gitz in M. Rh., für Müllingen außerdem noch die 5 Rastatter Ärzte;
für Hiesheim, H. G. Rhein, Söllingen und Winterdorf Herr Dr. Dehler in Hiesheim;
für Stuppengeln Herr Dr. van Kleef in Stuppengeln;
für Hausen/der Rhein, Oos und Sandweiler die Herren Dr. Bär und Dr. Glätz in Oos;
für Schönbühl, Gaggenau, Ob- und Nieder, Otterndorf und Rotenfeld die Herren Dr. Meyerhoff in Rotenfeld und Dr. Müller in Gaggenau.
Die Mitglieder haben unter den für ihren Wohnort zuständigen Ärzten die freie Wahl. Arztwechsel während der Krankheit und Behandlung ist aber nicht gestattet.
Für jeden Kranken sind Behandlungs- und Arzneikosten bei der Kasse zu erheben. Mitglieder, welche nicht in einem der oben bezeichneten Orte wohnen, werden in Betracht genommen. Arznei bei der Kasse namhaft gemacht.
Behandlung durch Spezialärzte erfolgt nur wenn der behandelnde Kassenzurückgelassener es beantragt und die Kasse die Genehmigung dazu gegeben hat.
Zur Zahnbehandlung sind zugelassen:
Herr Drucker, Dentist, Rastattstr. 45,
Dietrich, Zahnarzt, Rastattstr. 6,
Dollmann, Dentist, Kapellenstr. 16,
Rastatt, Rastattstr. 43,
Wogel, Dentist, Rastattstr. 43,
Wogel, Dentist, Rastattstr. 49.
Rastatt, den 2. April 1919. 2336
Der Vorsitzende.
Martin Schwab.

Freiwillige Versteigerung.
Freitag, den 4. April 1919, vormittags 10 Uhr und nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Wandelplatz Steinstr. 23 im Auftrage gegen bare Zahlung folgende Gegenstände
Wirtschafts-Inventar-Gegenstände
öffentlich versteigern.
Eine größere Partie Porzellan und Glaswaren wie: Teller, große und kleine Platten, Soufflets, Salattiers, Kaffeegedichte, Feinstöpfe, Schwedenständer, Solstreuer und sonst verschiedenes; außerdem eine größere Partie Weinläufer, Weinsäcken (geöffneter), Gläser, Glasflaschen, verschiedene und verschiedenes Küchengeschirr. Die Gegenstände sind teilweise sehr gut erhalten. Versteigerung bestimmt.
Karlsruhe, den 31. März 1919. 2300
Zink, Gerichtsvollzieher in Karlsruhe.

Zu verkaufen:
Vettstille mit neuem Hof und Stall, großer, 2 tägiger Edelstadel, 1 W. Inf. Stiel, fast neu, Müllschleuse neu, verschiedenes.
Geering, 2326
Angartenstr. 30, 8. St.
Gebr. Emailherbschiff, billig zu verkaufen. 2321
Winterstr. 44 a, 3. St. l.

J. Hartmann
Karlsruhe 22, Gth. 11.
empfiehlt 1921
Damenmäntel
für Frühjahr u. Herbst und
Arbeitschößen.

Die Geflügelholer in Stadteil Karlsruhe-Nähnen betr.
Die Geflügelholer im Geflügelstand des Stadteil Gutes in Karlsruhe-Nähnen ist erloschen und die getroffenen Maßnahmen sind aufgehoben.
Karlsruhe, den 27. März 1919. D. 3. 121
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Pferde-Kunde betr.
Unter dem Pferdebestand des Max Volker in Ragau ist die Rinde ausgebrochen.
Karlsruhe, den 31. März 1919. D. 3. 122
Bezirksamt.

Strassenperre betr.
Wegen Neubehälterung in der Volkshausweierstraße zwischen Vaalübergang und Turlacherallee bei der Reparatur wird für die Dauer dieser Arbeiten die Überquerung dieser Strassenstrecke für den öffentlichen Fußverkehr hiermit angeordnet.
Karlsruhe, den 27. März 1919. D. 3. 120
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Stellenbesetzung.
Bei unserm Hauptreferatariat ist alsbald die Stelle eines etatsmäßigen Sekretariats-Beamten zu besetzen. Die Gehaltsbesetzung erfolgt nach den städtischen Grundätzen.
Bewerber aus der Zahl der Verwaltungs- und Justizaktuar wollen ihre Gesuche bis 13. d. M. bei uns einreichen.
Sofort mit Kenntnis der Gabelsbergerischen Stenographie erhalten den Vorschlag.
Karlsruhe, den 1. April 1919. 2324
Der Stadtrat.

Handelschule der Stadt Karlsruhe.
Abteilung: Handelsjahresschule.
Vorbereitungsschule für den kaufmännischen Beruf für Knaben und Mädchen mit Ganztagsunterricht, wöchentlich 33 Stunden. Beginn neuer Jahresklassen: Oben dieses Jahres.
Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch, kaufmännischer Briefwechsel, Handels- und Bürgerkunde, Wechsel- und Schecklehre, kaufmännisches Rechnen, Buchführung, Wirtschaftsgeschichte, Fremdsprachen (Französisch oder Englisch; eine Fremdsprache ist Pflichtfach), Schönschreiben, Stenographie und Maschinenschreiben.
Schulgeld für den ganzen Jahreskurs Mt. 72.—.
Die Ausgaben für Lernmittel betragen etwa 30 Mk. für das Jahr.
Der erlöste Besuch der Handelsjahresschule verbindet vom Besuch der dreijährigen Pflichtschule. Die in der Handelsjahresschule vorgesehene Lehrpläne und Lehrmethoden beschreiben, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben und in einem Handelsberufe tätig sind, die Pflichthandelschule nur noch in zwei Jahreskursen mit drei Wochenstunden.
Ausführlicher Prospekt wird auf Verlangen frei angefordert.
Anmeldungen werden von heute bis 26. April in den üblichen Geschäftsstunden in der Kanzlei Zirkel 22 entgegen genommen.
Das Rektorat. 2314

Gelegenheitskauf!
Zwei 14 kar. gold. Damenuhren, prima Wert und Gang, passend für Konfirmation, höchst billig, 227
Kugartenstr. 30, 3. St. r.

Die Karlsruher Kaffee-Käufer
sind wieder täglich bis 11 Uhr geöffnet.
Verein der Kaffeehausbesitzer
Karlsruhe und Umgebung.

Lieferung von Gehwegplatten.
Die Lieferung von Gehwegplatten für unseren Jahresbedarf — etwa 10000 qm — ist öffentlich zu vergeben. Angebote wollen verschlossen, gebührenfrei u. mit entsprechender Aufschrift (siehe unten) im
Mittwoch, den 23. April 1919, vorm. 10 Uhr unter Verwendung der besonderen Vorzüge bei uns eingereicht werden.
Bedingungen und Angebotsordnungen werden auf Verlangen kostenlos abgegeben.
2303
Karlsruhe, 27. März 1919.
Städtisches Tiefbauamt.

Mandolinen, Gitarren, Zithern
werden fortwährend angekauft in
Weintraubs An- und Verkaufsgesellschaft,
Kronenstr. 62, Tel. 8747.
Inverlässige und gewandte
2336
Buben
im Alter von ca. 14 Jahren zum Verkauf einer gutgeführten Sportleitung gesucht. Anmeldung sofort Gartenstr. 42, part.

Gelegenheitskauf!
Zwei 14 kar. gold. Damenuhren, prima Wert und Gang, passend für Konfirmation, höchst billig, 227
Kugartenstr. 30, 3. St. r.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.
Todesfälle. 31. März. Theresia Feldmann, alt, 67 Jahre, Witwe von Adam Feldmann, Engländer; Adolf Würzweiler, ohne Beruf, ledig, alt 31 Jahre, 1. April; Karol. Dummler, Ehefrau von Joh. Dummler, Wertheimer; Friedr. Da Söder, alt 13 Jahre, Witwe von Joh. Söder, Oberlehrer; Elisabeth Rappold, Krankenpflegerin, ledig, alt 28 J. 2. April; Wilhelmine Wager, alt 63 Jahre, Witwe von Matth. Wager, Kaufmann.

Seite 4.
3. April.
fleisch.
letzter
der dery.
Käfer er-
hat daher
bedenklich
der Köch-
und für
in die Köhe
konferott
K. sondern
Die Brei-
will freit
en, ehe sie
abend 8 Uhr
den Mitglie-
digen zu er-
brechen sind.
verein hielt
r. M. Karlsru-
nde, der seit
heit unserer
her früheren
er eine Zu-
nheiten, so-
aus dem
er Sommer-
eliete damit
eren Abend,
einem ein-
hier einge-
Denga, der
he, er, die
und letzten
Zegern
summieren
Wert heute
geachtet und
gt, daß der
der 7. Bua
ein Mäd-
o die tolle
sch dem Ur-
sch weidlich
Buben und
Hangelhofer,
net wieder-
Terszeit
thronen der
auch bei den
ermäßig
Dänfel und
er Ausgabe
der lange
Dannover.
Karlsruhe
der Besuch
sch daß
in hiesiger
etode selbst
Beliegenheit,
2319
de bringen
D. 3. 116.
Münde der
ende, durch
ruden (Sara-
am verlauf-
und veteri-
iere erfolgt
elbar durch
eräte. Be-
des Wart-
Spitzen-
ig bleiben.
tragbar.
bei der un-
ge Müde-
st die Zeit-
ungen ver-
und darü-
die Tiere
veranlaßt,
ufen und
den Graben
der Sau.
rindartigen
im warmen
in den er-
des Wohl-
d Riechen
treten. Sie
ullern, an
r Bildung
it Krusten
men. Die
hautstellen,
im Kleb-
ginn hier
sch lang-
hlen, mit
n können.
infizieren,
unter den
den Aus-
berzähle
ie tranke
e der An-
erfassung
2333

Bachverein Karlsruhe e.V.

Karfreitag, den 18. April 1919
nachmittags 4 Uhr in der Städt. Festhalle
40. Konzert.

Matthäus-Passion

von J. S. Bach.

Ausführende:

Karl Seydel, Opernsänger, Karlsruhe (Evangelist); Max Büttner, Kammer-
sänger, Karlsruhe (Christus); Marie
v. Ernst, Opernsängerin, Karlsruhe
(Sopran-Arien); Margarete Brantsch,
Opernsängerin, Karlsruhe (Alt-Arien);
Franz Schwerdt, Opernsänger, Karlsruhe
(Tenor-Arien); Alfred Stephanie, Kam-
mersänger, Darmstadt (Bass-Arien);
Rudolf Maly-Motta, Opernsänger, Karls-
ruhe (Petrus, Pilatus, Judas, Hohen-
priester); Mitglieder des Bachvereins;
Violinsoli Konzertmeister Pelscher; der
Chor des Bachvereins; Knabenchor von
Schülern der Goetheschule; Orgel (Har-
monium) Theodor Barner; Cembalo
(Flügel) Kapellmeister Schweppe.

Dirigent: Fritz Cortolezis.

Anfang 4 Uhr. Kasseneröffnung 3 Uhr.
Ende nach 1/2 7 Uhr.

Eintrittspreise für Nichtmitglieder zu 10,
8, 6, 4 und 2 Mk. in der Musikalien-
handlung Fr. Doert (Kaiserstrasse 159,
Eing. Ritterstr.) und an der Abendkasse.

Die Mitglieder erhalten nur während
des Vorverkaufs gegen Vorzeigen ihrer
Karten für Nichtmitglieder und auf sämtliche
Beikarten für je eine dieser Karten eine Ein-
trittskarte nach Wahl und zwar unentgeltlich
für Plätze zum Preise von 2 Mk. Bei Ent-
nahme eines Platzes zum Verkaufspreis von
10 Mk. ist eine Platzgebühr von 4 Mk., von
8 Mk. zu 3 Mk., von 6 Mk. zu 2 Mk.
und von 4 Mk. zu 1 Mk. zu entrichten. Der
Eintritt ist nur am Grund dieser Karten zu-
lässig. Die einfache Mitglieds- oder Beikarte
genügt also zum Eintritt nicht mehr, da
für die Mitglieder keine besonderen Plätze
vorbehalten sind; auf Mitgliedskarten für
ausgehende Mitglieder selbst können keine
Eintrittskarten entnommen werden, wohl aber
auf deren Beikarten.

Der Vorverkauf wird am Gründonnerstag
abends 6 Uhr geschlossen. Auf der unteren
und oberen Galerie G Gelegenheit zur unent-
geltlichen Kleiderablage; Personen, welche
Kleidungsstücke in der allein uns zur Ver-
fügung stehenden Garderobe rechts vom
Hauptportal nicht abgelegt haben, werden
gebeten, den Ausgang durch die Garderobe
möglichst zu vermeiden. 2305

— Programm mit Text 50 Pfg. —

Schneider

für Lieferungsarbeit von Juppen, langen
Hosen und Militärröcken

gesucht.

Schröder & Fränkel
— Kaiserstraße 211. —

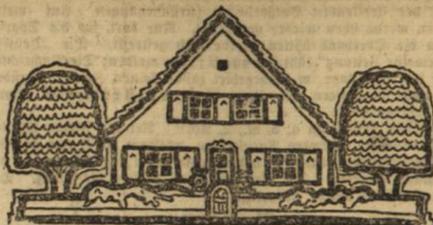
Geschäfts-Übernahme und Empfehlung!

Hierdurch beehre ich mich anzugeben, daß
ich unterm Heutigen das alt renommierte
Restaurant

„zum Prinz Carl“

in der Lammstraße und Hirtel
übernommen habe. Es wird mein Bestreben
sein durch Führung einer guten Küche, soweit
dies unter den gegebenen Verhältnissen mög-
lich, sowie durch Verabreichung guter Weine
und vorzüglichem Weinlager hier den An-
sprüchen meiner Gäste zu genügen, wofür
meine langjährige Tätigkeit im Wirtschaftswesen
bürgt. Gleichzeitg empfehle ich meine Ver-
einigung zum Restaurant.

Um regen Zuspruch zu bitten
Fritz Riedel
Karlsruhe, den 1. April 1919.



Eigenheime

bis zu 700 qm Garten, prak-
tisch, geräumig und wohlhät.
Billige Preise. Schöne Lage.
Gute Straßenbahnverbindung

Eventl. zum Herbst 1919 bezuehbar

Wünsche werden berücksichtigt.
Pläne und Bedingungen bei

Hermann & Max Koelsch
Karlsruhe Vorkstraße 43

..... Büro für Architektur und Städtebau

Palast- Lichtspiele, Herrenstr. 11

2 Film-Neuheiten

Marionetten des Hasses

Schauspiel, 4 Akte, mit

Ressel Orla.

Ferner:

Der Liebe u. des Blutes Kraft

Drama, 4 Akte.

In der Hauptrolle: 2831

Ica von Lenkeffy

Galerie Moos

Kaiserstraße 187 L.

April 1919 2837

AUSSTELLUNG

der Gruppe „RIH“

Geöffnet: Täglich;
10-6 Uhr. Sonntags:
11-1 und 2-4 Uhr.

Kopfschuppen

(Schuppen). Haarersatz be-
seitigt unter Garantie mein
Arbeiterhaarewässer. R. K. S.
Anect. nun u. Dant. Schreib.
Drogeriehaus 214 22
S. Vocatins, Berlin N.
Schönhäuser Allee 182.

Ernst Behner

Tapetier-Geschäft
Rüppurrerstraße 23.
Empfehle ich im Tape-
tieren. Anfertigen und an-
arbeiten von Polstermöbel,
Vorhänge aufhängen, Pa-
stelseladen reparieren, gut
und billig. 1277

Kostümstoff

dunkelblau und schwarz
(Cheviot) zu verkaufen, so-
lange Vorrat reicht. 2900
Eberg, Diebst. 38, 1 Str.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 3. April 1919. 2830

Vorstellung des Badischen Landestheaters.

Donnerstagsmuleto Nr. 27.

Clavigo.

Trauerspiel in fünf Akten von Goethe.

Anfang 6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Wegen Erkrankung von Melanie Ermarth, Frei-
tag, 4. April, nicht „Schwanenweiß“, sondern „Hänsel
und Gretel“. (Freitag, 23.) 7 Uhr. 4.80 Mk.

Meine staalbekanntest

starken Hauben-Netze

sind neu eingetroffen. — Gleichzeitig erlaube ich
mir mein Damen- u. Herrenfrisiergeschäft
sowie mein reichhaltiges Parfümerielager in
empfehlende Erinnerung zu bringen. 2187

Rud. Günther, Friseur, Ecke Krieg- u. Rüppurrerstr.

Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei 2144

Geb. Himmelheber, Möbelfabrik
Kaiserstraße 23.

Pferdefleischverkauf.

Einführung der Marke 1.
Verkaufsstelle E, Mühlburg, Gluckstr. 17.
Kartenerie E (arane Karten):
Freitag, 4. April von 2 Uhr ab:
Nr. 1-1200 vormittags, Nr. 1201-2400 nachmittags,
Samstag, 5. April von 9 Uhr ab:
Nr. 2401-3428 vormittags.
Kopfmenge 350 gr Fleisch oder Wurst. 2316
Städt. Fleischamt.

Deutsche

schützt die Grenze Eures Vaterlandes
gegen den Einmarsch russischer
Bolschewisten!

Mobile Lohnung, 5 Mark Tageszulage, ausser-
dem nach Ueberschreiten der Reichsgrenze
4 Mark tägliche Zulage aus baltischen Landes-
mitteln. Freie Verpflegung, Familien-Unter-
stützung, Bekleidung u. Unterkunft. — Spätere
Ansiedlungs- und Arbeitsmöglichkeit im
Baltischen Lande.

Alle Waffengattungen sind erwünscht.

Besonders werden gebraucht: Infanterie,
V.-G.-Schützen, Minenwerfer, Funker und
Fernsprecher, Fahrer, Kavalleristen u. Pferde-
besitzer, Sanitätsmannschaften u. Handwerker.
Nur Ordnung liebende, pflichttreue Soldaten
werden angenommen. Offiziere, Unteroffiziere
und Mannschaften melden sich umgehend. —
Falls keine Militärapporte vorhanden, ist ein
polizeiliches Führungszeugnis mitzubringen.

Anwerbungsstelle Baltienland.

Zweigstelle: Karlsruhe, früherer Militär-
wache am Karlstor. 2304
Freiburg, Karls-Kaserne, Zimmer Nr. 112.
Heidelberg, Bad. Sturm-Bataillon Ober-Ost.

Dankagung.

(108. Zeile.)

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst
einberufener Wehrpflichtiger sind am Oelbaben in der
Zeit vom 1. bis 28. Februar 1919 weiter eingegangen:
Bei: der Süddeutschen Distrikts-Gesellschaft von:
„Münchener“ 50 M.; dem Bauhaus Zeit 2. Hamburger
— Monatsbeiträge — von: Otto Siegel 500 M., Frau
Julie Ding 20 M., Med.-Rat Dr. Moienberg 30 M., Frau
Gertrude Heinsheimer 20 M.; dem Bauhaus Heinrich
Müller von: der Gesellschaft Vätervater (weitere
Zentrale) 150 M.; der Stadtasse von: H. R. 10 M., Ober-
bürgermeister Siegfried 50 M., Frau Alice Frau 30 M.,
Frau Lang 10 M., Albert Hartmann 10 M., Verla Mil-
ler 1 M., Gertrude Righaupt 10 M., Jakob Weber 10 M.,
Felix Siegel 5 M., Christian Dittes 10 M., Ludw. Ein-
linger 40 M., Karl Schrempf 200 M.

Im Wege freiwilliger Gebaltsabgabe (je hälftig) für
das Rote Kreuz und die Familienunterstützung be-
trug im Monat Februar ein von: 2830
amten 88 M., Staatsbeamten 214,50 M., Lehrern (ein-
schließlich Mittelschulen) 100 M., zusammen 352,50 M.

Ferner gingen als fortlaufende monatliche Gaben im
Monat Februar ein von: H. A. Kler 50 M., Dr. Wür-
lin, 300 M., H. Ruchs Eöhne 150 M., Gelsow, Gut-
mann 20 M., Gebr. Leidlin 10 M., der Brauerei A.
Krieh 100 M., F. Mitten 50 M., Johannes Schiele,
Kiosklager, 30 M., Rudolfsbräuerei J. Thiergarten
100 M., Walder u. Hart 100 M., R. D. Wimpfheimer
300 M., der Mühlbühner Brauerei, vorm. v. Seidenische
Brauerei, 100 M., Fabrikant Albert Mühle 20 M., der
Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Bresthese-Fabri-
kation vorm. G. Sinner 300 M., J. Bähr, Eisenwaren,
10 M., Vogel u. Schürmann, Rannwald, 150 M., der
Korbrüder Parfümerie- und Toilettefabrik H.
Wolff u. Sohn, G. m. b. H., 250 M., Franz He 20 M.,
J. Heuler, Privatier, 30 M., Kom.-Rat G. Ding 10 M.,
Kaufm. Paul Hinkelhorst 2 M., Frä. Maria Dura 2 M.,
J. Hees Bme, 2 M., der Buchdruckerei Fidelitas 5 M.,
Medizinalr. Fuchs 50 M., Gebr. Hagenauer 10 M., Kauf-
mann Waldemar Hinge 1 M., Fabrikant Ulrich Hof Bme,
10 M., Ing. G. Kaufmann 5 M., dem Kaiser-Kometo-
graphen 2 M., Kaufm. Emil Kley 20 M., Kurat v. Hof-
mann 20 M., Med.-Rat Kugel 5 M., Reg.-Baumeister
Linde 30 M., Th. J. Meyer 20 M., Kaufm. Franz Meis-
ner 2 M., Stadtrat J. Mollath 20 M., Josef Neumaier 5 M.,
Gerrad Rudmann 1 M., Assim. Joh. Schäffler 2 M., Frau
Math. Schneider 3 M., Kaufm. Just. Seuffer 2 M., Dr.
Fol. Schmitt, Oberbürgermeister 5 M., J. Ein-
linger, Fäbriker, 5 M., Gelsow, Franz 4 M., Kaufm.
Dr. edr. Koller 1 M., Kaufm. Jul. Wadenheimer 10 M.,
Wilk. Weber 2 M., Kom.-Rat Weppelher 5 M., G. We-
cker, Erpichtentel, 5 M., Frä. Verla Wimer 8 M., Ca-
pitler Wiler 20 M., Geh. Kom.-Rat Friedr. Wolff 50 M.,
Bankbuchhalter J. Zimmer 4 M.

Seit 1. Januar 1919 sind nunmehr gespendet
worden 14338 M. 11 S.

Wir danken hierfür herzlich und bitten um weitere
Spenden!

Karlsruhe, den 1. April 1919. 2325

Für den Stadtrat:

Die Arbeitsunterstützungs-Kommission.

Tüchtige

Möbelschreiner

werden für sofort gesucht.

Billing & Zoller A.-G.

Karlsruhe. 1983